

Protokoll

38. Sitzung vom 16. Dezember 2013

str

Seite 880

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 16. Dezember 2013, 19.00 Uhr – 21.55 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	32 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Stadtschreiber, Melanie Imfeld, Ratssekretärin, Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv. sowie Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	Marcel Bättig (Ferien), Jonas Erni (Ferien), Andreas Gut (Krankheit), Philipp Kutter (Kantonsrat bis 20.00 Uhr)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Voranschlag 2014 und Festsetzung des Steuerfusses
3. Finanz- und Entwicklungsplan (FEP) 2014-2018
4. Postulat von Rahel Sonderegger und Christine Merseburger, EVP, vom 25. November 2013, betreffend Seeuferlücke endlich schliessen; Begründung
5. Interpellation von Kuno Spirig, BDP, vom 29. November 2013, betreffend Sicherheitscheck für Wädenswiler Fussgängerstreifen; Begründung
6. Einbürgerungen:
 - LANGE geb. Schwarz, Gudrun Charlotte mit ihrem Ehemann Friedrich Ernst Friedhelm, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Fuhrstrasse 11b
 - MEMMI Concetta, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Im Staubeweidli 3
 - MUJCIC Alen mit seiner Ehefrau Mersija geb. Susak und der Tochter Melisa, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 8
 - SEID Mohammed Amin mit seiner Ehefrau Atsede GEBREHIWOT und den Kindern Kerima MOHAMMED, Abas MOHAMMED und Dunia MOHAMMED, äthiopische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 6

Die Traktandenliste wurde in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage der **Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer** gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

Fraktionserklärung BFPW

Hanspeter Andreoli, BFPW, führt aus, dass zum Ende dieser Legislatur sich das Bürgerliche Forum dazu gezwungen fühle, auf drei Punkte einzugehen, welche sie als falsch oder zumindest als nicht demokratisches Denken und oder Handeln ansehen würden.

Der erste Punkt betreffe die Holzmoosrütistrasse; Man würde es schon lange wissen und er wolle auch nicht auf alle Details eingehen, aber eines sei so sicher wie das Amen in der Kirche: Die Stadt Wädenswil sei mit der Beschwerde beim Verwaltungsgericht gescheitert, er zitiere: „Die Stadt hat die vertraglich mit der PKE abgemachte CHF 1 Mio. an die Erstellung der Holzmoosrütistrasse zu bezahlen“. Man wisse, dass die Abteilung Planen und Bauen noch unter dem ehemaligen Stadtingenieur die Sache gemäss dem Strassengesetz erledigen wollte, sie vom Forum hätten ihre Meinung anlässlich einer Parteierklärung im Januar 2012 dazu geäußert. Da man seit mittlerweile bald zwei Jahren nichts mehr gehört habe, hätten sie immer wieder bei der entsprechenden Stelle nachgefragt, wie es nun aussehe. Es liege bei der Schätzungskommission und man würde diesen Entscheid nun abwarten. Er wisse zwar nicht, was man zwei Jahre lang an einer Strasse schätzen wolle, aber dies sei Sache der PKE Druck bei der Stadt zu machen um zum Ziel zu gelangen. Aber eines sei klar und unbestritten, die Summe um welche es gehe betrage, bevor anderweitig entschieden CHF 1 Mio. Warum aber nun im Budget 2014 CHF 600'000.-- aufgeführt sei, entziehe sich seiner Kenntnis. Nicht nachvollziehbar und aus Sicht des BFPW schlicht und einfach falsch. Sie werden deshalb bei der anschliessenden Budgetberatung einen entsprechenden Änderungsantrag auf CHF 1 Mio. stellen. Denn dies sei nach dem aktuellsten Wissensstand richtig und vor allem ehrlich und das würde vom Stimmbürger verlangt werden.

Der zweite Punkt würde die Weisung 32 Volksinitiative „Günstiger Wohnraum für Familien“ betreffen. Diese wurde am 5. Dezember 2013 der vorberatenden Sachkommission vorgestellt. Er müsse sagen, dass es ihm beim Durchlesen der Weisung fast den Atem verschlagen hätte und er sich sofort den Bericht und Antrag der Sachkommission vom 19. August 2012 zum gleichen Geschäft (Weisung 23/Rekurs gegen Beschluss Bezirksrat) zu Gemüte führen musste. Er möchte in Erinnerung rufen, dass dieser Rat hier der Mehrheit der Sachkommission und somit der Ablehnung der Weisung 23 zugestimmt hätte. Er zitiere aus diesem Bericht und Antrag der Sachkommission:

„Die Gründung einer Stiftung wäre nicht nur rechtlich komplex, sondern auch wirtschaftlich unzeitgemäss. Im Lichte der fortdauernden Finanzkrise ist die Existenzdauer, namentlich kleinere Stiftungen mit einem Vermögen von bis zu CHF 5 Mio., limitiert, generieren sie doch zu wenig Erträge, um den eigentlichen Stiftungszweck finanzieren zu können. Sie mutieren zu sogenannten Verbrauchsstiftungen, die für ihre Zweckumsetzung auch das Stiftungskapital anzehren müssen und somit von Anfang an nur auf Zeit angelegt sind. Ist das Kapital aufgebraucht, ist die Aufsichtsbehörde einzuschalten, welche als einzige kompetent ist, eine Stiftung zu liquidieren. Die Kommissionsmehrheit lehnt daher die vorliegende Weisung 23 ab und beantragt dem Stadtrat, aus verfahrensökonomischen Gründen auf den Rekurs zu verzichten. Stattdessen seien die Statuten im Sinne des vorerwähnten und ihrer Meinung nach überzeugenden Gutachtens zu revidieren und gestützt darauf eine angepasste Umsetzungsvorlage zu präsentieren. Diese ist gegenüber der Weisung 11/2011 nur geringfügig abzuändern, sodass sicher der Aufwand des Stadtrats in engen Grenzen halten sollte und

sowohl die Sachkommission als auch der Gemeinderat das Geschäft anschliessend speditiv beraten könnten.“

Und nun komme die neue Weisung daher, notabene über ein Jahr nach dieser von ihm erwähnten letzten Weisung und siehe da – alles anders. Kein Wort mehr von Statutenänderung, der Fonds funktioniere nicht und es werde stattdessen genau für eine Stiftung plädiert, obwohl das Parlament dazu eindeutig nein gesagt habe. Es sei in dieser neuen Weisung nicht einmal erwähnt worden, dass man die Vorgaben der Sachkommission und somit auch dem Willen des Parlaments, gemäss dem von ihm erwähnten Bericht und Antrag geprüft habe. Als man jetzt seitens der Kommission gefragt hatte, warum der Stadtrat und die zuständigen Chefbeamten, welche für diese Weisung verantwortlich seien, sich nicht an die Vorgaben der Sachkommission und des Parlaments hielten, kam die lapidare Antwort, dass man dies schon hätte, die Sache mit dem Fonds und den Statutenänderungen aber nicht gehen würde. Auf eine weitere Frage seitens der Sachkommission, ob man diese Abklärungen schriftlich habe, wurde dies bejaht und man könnte dies gerne der Sachkommission zustellen lassen. Solche schriftlichen Abklärungen, wenn sie denn wie hier vorhanden seien, sollten nicht erst auf Anfrage der Kommission nachgereicht werden, dies sei von Anfang an beizulegen. Was er mit diesem Beispiel aufzeigen wolle, sei die Tatsache, dass bei diesem Geschäft die Sachkommission nun zum vierten Male vorberatend debattierte und die Berichte und Anträge sorgfältig und genau ausgearbeitet werden. Wenn dann aber in der neuen Weisung nichts über diesen vom Gemeinderat abgenommenen Bericht und Antrag zu lesen sei, zeuge dies für ihn und das BFPW von einer sehr geringen Wertschätzung der Kommission gegenüber und der Nichtbeachtung des Willens des Parlaments. Übrigens sei für ihn die Antwort des Gemeindeamts bezüglich Fonds überhaupt nicht bindend, denn in dieser Antwort werde lediglich auf die Antwort des Bezirksrats verwiesen, vom Gutachten sei nirgends die Rede.

Er komme nun zum dritten Punkt und leider gleich einer negativen Tatsache. Hier ginge es um die Eingliederung der Freizeitanlage in die Stadt. Da auch hier ein Bericht und Antrag der Sachkommission vorliegen würde, und der Gemeinderat diesem zugestimmt habe, bleibe ihm auch hier nichts anderes übrig, als daraus zu zitieren:

„Ein weiterer Diskussionspunkt waren die Kosten, welche der Stadtrat lediglich summarisch mit CHF 600'000.-- beziffert und behauptet, dass eine Steigerung nicht zu befürchten sei.“

Nun lieber Stadtrat, es sei hoffentlich allen bewusst, dass der Kostenfaktor bei der Abstimmung über diese Weisung einen sehr wichtigen Punkt dargestellt hatte bezüglich „Sein oder nicht Sein“. Lese man nun im Budget 2014 auf Seite 94 einen Betrag von CHF 751'300.--, komme man sich als Gemeinderat gelinde ausgedrückt ziemlich veräppelt vor. Man solle nun nicht denken, dass sie sich vom BFPW nicht darüber informiert hätten. Sie wüssten, dass es aus Sicht des Stadtrats Erklärungen, ob einleuchtend oder nicht, zu diesen Kosten gäbe. Aber sei man ehrlich, solche Sachverhalte hätten mit demokratischen Entscheidungen nichts zu tun. Er werde einfach das Gefühl nicht mehr los, dass die politischen Entscheide des Gemeinderats und dessen Kommissionen nicht mit dem gebührenden Respekt und der Sorgfalt befolgt und ausgeführt werden. Sonst würden solche Verfehlungen nicht passieren.

Der Wahlkampf für die Erneuerungswahlen habe bereits begonnen und er würde hoffen, dass die in diesem Wahlkampf gemachten Versprechungen auch erfüllt würden und solche schlechten Beispiele wie oben erwähnt, nicht mehr stattfinden. Sowohl der Gemeinderat als auch der Stadtrat sei vom Volk gewählt und sollte sich dementsprechend verhalten.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer führt aus, dass die Gemeinderäte das Jahrbuch 2013 vor sich liegen hätten und in Flyerform die Einladung zum Ratsanlass, welche alle bereits vorab elektronisch per E-Mail erhalten hätten. Im Namen des gesamten Gemeinderats bedanke sie sich gerne beim Bauamt für das Aufstellen des hübschen Weihnachtsbaums für den heutigen Abend.

1.1 Eingänge

- Beschluss der GR-Sitzung vom 2. Dezember 2013
- Einladung zur GR-Sitzung vom 16. Dezember 2013
- Bericht und Antrag zum Voranschlag 2014
- Bericht und Antrag zum Finanz- und Entwicklungsplan (FEP) 2014 – 2018
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage von Albert A. Stahel, SD, vom 4. November 2013, betreffend privater Gestaltungsplan Reidbach und Unterschriften von Grundeigentümern
- Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion und der SVP/BFPW-Fraktion, vom 30. November 2013, betreffend Mitarbeiterbefragung und –qualifikation/Fluktuationen

1.2 Überweisungen

Die Weisung 33, vom 11. November 2013, betreffend Schulanlage Steinacher Au, Lehrschwimmbecken, Ersatz Technik; Grundsatzentscheid und Baukredit wurde durch das Büro an die Sachkommission zur Vorberatung überwiesen.

10.07

2. Voranschlag 2014 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer schlägt vor, bei den nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen wie folgt vorzugehen.

Erstens werde über den vorliegenden Voranschlag 2014 inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der FLAG-Abteilungen beraten.

Zweitens wird der Steuerfuss 2014 verhandelt und festgelegt.

Abschliessend wird über das Gesamtpaket – Voranschlag, mit den allenfalls beschlossenen Änderungen und dem Steuerfuss eine Schlussabstimmung durchgeführt.

Auf Anfrage der **Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer** gibt es keine Einwendungen gegen die Vorgehensweise. Erstens Voranschlag und Leistungsaufträge

Zur Detailberatung zum Voranschlag (abteilungsweises Vorgehen)

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, erklärt, die grossen Turbulenzen in den umliegenden europäischen Ländern hätten sich etwas gelegt; es mache sich jetzt allerdings zum Teil Resignation breit. In vielen Ländern scheine zudem eine gewisse Ratlosigkeit zu herrschen, denn man könne das Wachstum noch so herbei reden; Wunder würden halt keine geschehen.

Vor allem die Schweizer Export-Wirtschaft sei davon betroffen, mache aber das Beste daraus und suche kreativ andere Wege, um auf den Erfolgspfad zurückzukehren. Auch die Schweizer Industrie habe sich erholt, nachdem sie in der Krise um 15% eingebrochen war; die Binnenkonjunktur habe massgeblich zum Wachstum beigetragen.

In Wädenswil seien industrielle Arbeitsplätze aber leider dünn gesät. Sehr schade, wenn man bedenke, dass jede neu geschaffene Arbeitsstelle in der Industrie 2.5 bis 3.5 zusätzliche Jobs in anderen Branchen kreiere. Übrigens deutlich mehr als im Dienstleistungssektor. Was könne man nun als Politiker tun? Gute Rahmenbedingungen schaffen, zum Beispiel im Rütihof für das Gewerbe, für Stabilität sorgen, zum Beispiel mit einem konstanten Steuerfuss, kontinuierlich und beharrlich Ist-Situationen hinterfragen und auch mal kreative Lösungen prüfen und zulassen.

Dank Mehreinnahmen von CHF 8 Mio. bei den Grundstückgewinnsteuern resultiere 2013 ein Gewinn von rund CHF 5.6 Mio. anstelle des budgetierten Defizites von CHF 3.9 Mio. Kein Grund allerdings, um in Euphorie auszubrechen, denn 2014 würden einige Herausforderungen auf Wädenswil zukommen:

Die insgesamt zusätzlichen 1'690 Stellenprozente, also rund 17 Vollzeitstellen seien eine enorme Erhöhung. Wie kreativ sich der Stadtrat damit auseinander gesetzt habe, entziehe sich ihrer Kenntnis. Im Budget 2014 sei ein Aufwand von CHF 168.8 Mio. und ein Ertrag von CHF 164 Mio. geplant, was ein Defizit von CHF Fr. 4.8 Mio. bedeute.

Die Zahlen dazu seien der GRPK anfangs Oktober von Stadtrat Paul Rota und dem Leiter Finanzen und Controlling, Ralph Ruoss, präsentiert worden. Einen Dank an die beiden Herren für die aufschlussreiche und informative Präsentation.

Beim Aufwand falle – wie bereits gehört – vor allem der Personalaufwand ins Gewicht; plus 3.5% auf CHF 45.6 Mio. Dass der neue Finanzausgleich Spuren hinterlassen werde, davon spreche man schon einige Zeit; nun hätten sie Gewissheit mit minus CHF 1.9 Mio. Die Situation bei der BVK Pensionskasse habe sich unter anderem auch Dank gutem Börsengang erholt und der Deckungsgrad sei bei über 90%. Die Abteilung Finanzen habe sich intensiv dieser Zinsabsicherungs-Instrumenten angenommen, Gespräch mit den Banken durchgeführt und so Optimierungen erreichen können. Trotzdem würden sie im kommenden Jahr einen durchschnittlichen Zins von 3.4% bezahlen.

Der weise Entscheid, den Steuerfuss bei 84% zu belassen sei ein wichtiges Zeichen, schliesslich sollten potenzielle Interessenten, welche Arbeitsplätze in Wädenswil schaffen möchten, nicht noch zusätzlich verunsichert werden. Schlussendlich seien sie mit der Steu-

erhöhung der OSW bereits wieder im unattraktiven oberen Mittelfeld des ganzen Bezirks angelangt.

Etwas attraktiver gestalten könnte man hingegen die Gebühren bei Wasser und Abwasser, auch, um die FLAG-Indikatoren einzuhalten.

Insgesamt werden bei der Stadt Einnahmen von CHF 42.8 Mio. budgetiert und Ende 2014 werde mit einem Eigenkapital von ca. CHF 56 Mio. gerechnet. Dies verbunden mit hohen Nettoinvestitionen von rund CHF 20 Mio. und ordentlichen Abschreibungen von gut CHF 8 Mio.

Die wichtigen Investitionen würden die Sportbauten Untermosen sowie verschiedene grössere Schulbauten betreffen. Zur Schule ein kurzer Milchbüchli-Rechnungs-Exkurs: Nehme man den Nettoaufwand von gut CHF 30 Mio. geteilt durch Anzahl Schüler (1'600) kostet ein Unterstufenschüler rund CHF 19'000.-- im kommenden Jahr. Bei der Oberstufe seien es doch satte CHF 27'000.-- oder 42% mehr pro Schüler. (CHF 15.8 Mio. geteilt durch 583) Weitere Investitionen seien für Infrastruktur für Erdgas, Wasser und Abwasser geplant. Der Abschluss des Alterszentrums Frohmatt stehe ebenfalls noch an. In welcher Form die Stadt ein solches Alterszentrum führen solle, dazu müsste der Stadtrat ein Brain-storming durchführen und kreative Lösungsansätze zumindest prüfen. Damit die zusätzlich durchgeführte Sparrunde nicht zur Alibi-Übung verkommt, werde von allen Beteiligten eine hohe Kostendisziplin verlangt. Also nicht nur von den Spitzenreitern Soziales und Schule. Ausserdem sei es ein klares Signal, dass es bestimmt keinen Platz für Wunschbedarf-Projekte habe.

Zu den Abteilungsbesuchen:

Vom 28.10. – 01.11.2013 habe die GRPK die Besuchswoche durchgeführt. Ein Dankeschön an alle Beteiligten der verschiedenen Verwaltungsabteilungen. Sie würden in der Detailberatung von den GRPK-Mitgliedern mehr dazu hören.

Früher NPM, so spreche man heute von „Flächendeckender Leistungsauftrag mit Globalbudget“, kurz FLAG. Ein ganzheitlicher Ansatz, eine Strategie, ein roter Faden oder auch eine sogenannte Pyramide würden leider immer noch fehlen und so sei die Umsetzung nach wie vor pendent. Unter Punkt E hätten sie trotzdem zwei Anträge zur Anpassung von Indikatoren aufgeführt. Sie hätten sich dabei auf die Wichtigsten konzentriert, mache es doch keinen Sinn Christbaumkugeln aufzuhängen, wenn der Baum noch nicht stehe.

Ebenfalls immer noch pendent sei das abteilungsübergreifende Controlling, dafür konnte ein IKS Projekt vorangetrieben werden.

Sämtliche Empfehlungen seien unter Punkt D im Bericht und Antrag wieder aufgeführt, auch unerledigte aus den Vorjahren. Zudem werde eine interne GRPK-Pendenzenliste geführt, sodass eine gewisse Kontinuität auch in der nächsten Legislatur sichergestellt sei.

Eine wichtige Pendezen konnten sie bereits löschen, nämlich die des WIB, früher FM/Facility Management und jetzt eben Wädenswiler Immobilien Bewirtschaftung. Man habe auch da zuerst den Namen gewechselt und dann folgten die Resultate: Die Leistung von Tatjana

Horvath und ihrem Team hätten sogar die grössten Kritiker verstummen lassen und darum einen grossen Dank der GRPK an dieser Stelle.

Die Mitglieder der GRPK und auch die SVP würden beantragen, den Voranschlag der politischen Gemeinde für das Jahr 2014 – inkl. Leistungsaufträge mit Globalkredit der FLAG-Abteilungen –, unter Berücksichtigung der Abstimmungen zu den Anträgen der GRPK und zum Steuerfuss, zu genehmigen.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, teilt mit, dass es einen Grund zur Freude gebe. Das Budgetdefizit sei zwar vorhanden, aber noch vertretbar – schon wieder. Aber bevor man nun in einen Freudentanz ausbrechen wolle, müsste man etwas genauer hinschauen, wie dieses Budget entstanden sei. Bei der ersten Version sei ein deutlich höheres Defizit ausgewiesen gewesen, bevor das Budget für eine erste Sparrunde nochmals zurück an die Abteilungen gegangen sei. Dies sei gut und auch richtig, denn Geld würde nicht auf den Bäumen wachsen und der Gemeinderat wolle, dass die Verwaltung sorgfältig damit umginge. Benötige man etwas nicht dringend oder dasselbe billiger, solle man dies auf jedenfall so machen. Bedenklicher sei es jedoch erst, wenn noch eine zweite Sparrunde stattfinden würde und in dieser Runde einfach ein pauschaler Prozentsatz in jeder Abteilung weggespart werde. Noch bedenklicher sei es aber, wenn man nun von Abteilungen hören würde, dass sie zwar das Budget runtergesetzt hätten, aber nicht wirklich wüssten, ob dies dann so auch eingehalten werden könne. Schliesslich gäbe es auch eidgenössische und kantonale Vorgaben bei gewissen Bereichen. Man könnte also hier von einem frisierten Budget sprechen.

Es sei schon etwas mutlos, man habe das Gefühl, dass niemand darüber nachdenken wolle, ob die Steuersenkungen – in den letzten acht Jahren 11% – vielleicht doch ein wenig zu viel gewesen seien. Hoffentlich komme der Mut, zumindest darüber nachzudenken und darüber zu sprechen nach den Wahlen 2014.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, teilt mit, dass beim Voranschlag 2014 von einem emotionslosen Budget gesprochen werden könne. Die meisten Positionen würden sich auf dem Niveau der Vorjahre bewegen. Das vom Stadtrat präsentierte Budget sei das Resultat von drei Budgetrunden. Der Aufwand sei um CHF 1.3 Mio. gekürzt und der Ertrag um CHF 2 Mio. verbessert worden. Und so hätte der ursprüngliche Verlust von CHF 8.1 Mio. auf CHF 4.8 Mio. reduziert werden können.

Ob man da aber von einer ernst gemeinten Budgetrunde sprechen könne, möchte er bezweifeln. Die Aufwandreduktionen von CHF 1.3 Mio. seien gerade mal 0.8% vom Gesamtaufwand. Man könnte da auch von einer Rundungsdifferenz sprechen. Auf den ersten Blick aber trotzdem eine durchaus erfreulich Entwicklung. Aber Achtung: Wurden die überfälligen Investitionen, zum Beispiel die Sanierung von städtischen Liegenschaften einfach in die Zukunft verschoben? Und seien die zusätzlichen Mehreinnahmen wirklich realistisch? Oder hätte der Stadtrat mit diesem Vorgehen die Diskussion um eine Steuerfusserhöhung vermeiden wollen? Es würde scheinen, als dass diese Problematik dem neu zusammengesetzten Stadtrat zugeschoben werden solle.

Die Rechnung bekomme der Rat mit dem Abschluss 2014 präsentiert.

Mitglied der GRPK, Adrian Stucki, GP, sagt, dass auch dieses Jahr die Grundstückgewinnsteuern grösseres Ungemach verhindert hätten. Die Rechnung 2013 schliesse positiv ab und das Eigenkapital würde nicht belastet. Dies ermöglichte der Abteilung Finanzen eine grössere Flexibilität in der Budgetgestaltung und beeinflusst massgeblich die Steuerpolitik. Dies sei sicher mit ein Grund, warum die Steuern 2014 nicht erhöht werden müssen. Aber die grauschwarzen Wolken am Horizont seien bereits sichtbar. Mit dem Rest der nötigen Sanierungen von Teils maroden Schulhäusern, geplanten Neubauten sowie Investitionen in ambitionierte Projekte kämen sehr grosse Ausgaben und allfällige Steuererhöhungen auf Wädenswil zu. Und damit möchte er sich seinen beiden Vorrednern anschliessen, es sei nicht sehr fantasievoll vom Stadtrat und den zuständigen Abteilungen, dass in einer dritten Sparrunde um so viel Prozent in den Abteilungen gespart werde. Anstatt dass man sich hinsetzen und sich fragen würde, wo mehr Geld investiert werde und wie man die Stadt attraktiver gestalten könne.

Stadtrat Finanzen, Paul Rota, sagt, dass es heute Abend keine ruhige Kugel zu schieben gebe. Er möchte zuerst einen Dank an die GRPK unter der Leitung ihrer Präsidentin Christina Zurfluh für die wiederum riesige und wertvolle Arbeit im Dienste des Bürgers und Steuerzahlerin/-Zahler, welche man oft nicht richtig einschätzen könne, sprechen.

Er würde an dieser Stelle nicht viele Zahlen nennen wollen, doch ein paar Ausführungen und Gedanken zu gewissen spezifischen Punkten/Entwicklungen scheinen aus der Sicht des Stadtrats notwendig. Beginnen möchte er damit, dass es in Wädenswil sicher keine maroden Schulhäuser gebe – einen gewissen Bedarf aber schon. Der Rat habe bestimmt im FEP bereits gesehen, was die Stadt alles noch machen sollte.

Es sei heute das letzte Mal, dass er ein Budget der Stadt im Gemeinderat vertreten dürfe. Sie möchten eine konstruktive Auseinandersetzung, denn der heutige Abend sei für das 2014 in finanzieller Hinsicht der absolut wichtigste Moment.

Er hoffe, dass der breite Konsens, neben den doch wenigen Kritikpunkten die verständlich seien, nicht einfach ein Abschieds-Geschenk an seine Person bedeute, sondern dass es von ihrer Seite die Einsicht sei, dass wirklich das benötigt werde, was aus heutiger Sicht geplant, im Budget aufgezeichnet und hoffentlich auch heute hier im Ratssaal verabschiedet werde. Es sei ganz bestimmt die Anerkennung der guten Arbeit aller, die in den verschiedenen Aufgabenbereichen der Stadt auch im 2014 eine gute Arbeit leisten müssen und dafür auch die entsprechenden Mittel benötigen würden. Darum auch seinen grossen Dank an alle Verwaltungsabteilungen, die wiederum mit grossem Aufwand und Sorgfalt dazu beigetragen hätten, dass ein solides Budget vorgelegt werden konnte. Vom ursprünglichen Fehlbetrag von rund CHF 8 Mio. in der laufenden Rechnung, seien nach verschiedenen Bereinigungsschritten noch knapp CHF 5 Mio. übrig, über welche heute abgestimmt werden. Die Nettoinvestitionen seien auf das notwendige und realistische Niveau korrigiert worden. Trotzdem würden diese Mittel weiterhin auf sehr hohem Niveau liegen. Leistungsabbau sei in keinem Bereich erzwungen worden, einzig der sparsame Umgang mit den Steuergeldern

sei gemahnt und auch erreicht worden. Man müsse sich bewusst sein, dass alles was hier im Rat beschlossen werde, auch umgesetzt und bewältigt werden müsse. Dies sei nicht immer ganz einfach.

Die Gesamtwirtschaftslage lasse noch keinen allzu grossen Optimismus aufkommen. Die Europäische Wirtschaft sei nach wie vor am „stocken“, und letztlich sei Wädenswiler ein Teil davon, auch wenn dies sicher etwas verzögert passiere. Bedeutend und aber auch gleichzeitig beunruhigend, sei in diesem Zusammenhang die Zunahme des Volumens und damit der Aufwendungen im Öffentlichen- und Gesundheitssektor sowie Schulen und ähnlichen Instituten. Man habe dies schwarz auf weiss in den letzten Tagen zur Genüge in den Medien nachlesen und bestätigen lassen können. Auch in Wädenswil sei die Zunahme des strukturellen Mehraufwands nachzuvollziehen, dies nicht nur im Sozialen- und Gesundheitsbereich. Sie alle seien daran beteiligt mit diesen oder jenen Forderungen und Erwartungen, die immer wieder die finanziellen Grenzen aufzeigen würden. Doch Schwarz malen solle man nicht, doch dürfe man die Augen nicht einfach verschliessen. Was er damit sagen wolle: Man sei Teil der Wirtschaft – letztlich auch der Europäischen – und daher seien alle betroffen, in dieser oder jener Art, auch auf Gemeindeebene, dies zum Teil nur verzögert. Nur mit dem Boom der öffentlichen Bereiche werde keine Wertschöpfung gemacht. Diese entstünde in den übrigen Wirtschaftsbereichen, die den Staat letztendlich prägen würden.

Nur Dank einer gewissen Zurückhaltung in den letzten Jahren und einer vorsichtig, optimistischen Budgetierung – besonders bei den Steuererträgen – stünde der Haushalt noch recht gut da, was die Vermögens- und Eigenkapitalbasis belege. Bis heute seien sie noch nicht verschuldet, was die Nettobelastung betreffe. Dies dürfte oder könnte sich in nächster Zeit ändern, stünden doch nach wie vor viele Aufgaben und Investitionen an.

Einen wesentlichen Beitrag hätten die Grundsteuereinnahmen im Mittel der letzten Jahre zum guten Stand der vollen Kasse und immer noch guten Basis fürs 2014 beigetragen. Nach 2009 sei auch das Jahr 2013 rekordverdächtig. Sie dürften ihre laufenden Bedürfnisse aber nicht auf diese Erträge ausrichten, diese seien in der aktuellen Höhe nicht nachhaltig. Die strukturellen Aufwandsteigerungen resp. Forderungen und Wünsche auf der anderen Seite schon, diese können in der Regel nicht von einem Jahr aufs andere zurückgeschraubt werden. Der Boom im Immobiliensektor sei absehbar und werde sich auf mittelfristige Zeit beruhigen. Was die Neuzuzüger und die neuen Steuerzahler anbelange, können nur vorsichtige Abschätzungen gemacht werden, was deren Steuersubstrath angehe.

Es freue ihn wiederum besonders, und da wiederhole er sich gerne, dass die Leistungen der Stadt grundsätzlich vom Rat nicht in Frage gestellt werde. Dies beweise die grosse Zustimmung von ihnen zu den einzelnen Abteilungen im Allgemeinen.

Auch der Stadtrat stehe geschlossen hinter den Leistungen und damit dem vorgeschlagenen Budget fürs 2014.

Es sei wichtig, dass sich die Gesellschaft weiterentwickle und die Aufgaben der Gesellschaft besonders im Sinne der schwächeren Mitbürger wahrnehmen könne. Auch die Verpflichtung gegenüber einer funktionstüchtigen Umwelt zu Gunsten der Kinder dürfe man nicht vernachlässigen. Je länger je mehr, sei man hier gemeinsam gefordert in die energetische Zukunft

mehr zu investieren. Da sei der Steuerfuss nicht der wichtigste Eckwert, darüber müsste sich der Rat bewusst sein.

Unter dem Gesichtspunkt des voraussichtlich guten Abschlusses 2013 sei der Aufwandüberschuss von CHF 4.8 Mio., ohne ausserordentliche Abschreibungen, vertretbar und könne über das genügende Eigenkapital ausgeglichen werden. Er bitte den Rat im Namen des gesamten Stadtrats dem Budget zuzustimmen. Seine Stadtratskollegen und -Kollegin würden sich allenfalls bei der Detailberatung noch zu den einzelnen Abteilungen zu Wort melden, sofern das nötig oder gewünscht werde. Er bitte auch im Namen des Stadtrats den Anträgen auf Seite 102 respektive 150 im blauen Buch zuzustimmen.

Detailberatung:

Abteilungsweises Vorgehen des Budgets

Präsidiales (Seite 8 bis 17)

Mitglied der GRPK, Beatrice Gmür, SP, sagt, dass sie zusammen mit Berti Stocker die Abteilung Präsidiales besucht habe. Sie würde sich bei Philipp Kutter, Johanna Bürgi und Reto Grob bedanken. Sie hätten viele Fragen gestellt und sehr fundierte Antworten darauf erhalten. Erfreulicherweise müsse die Abteilung Präsidiales gegenüber dem Voranschlag 2013 keine Aufwandsteigerung budgetieren; Kostensteigerungen und -senkungen hielten sich die Waage. Details dazu würde man im Bericht und Antrag finden.

Sie möchte jedoch drei Aspekte aus dem Bericht und Antrag näher ausführen:

Beim Stadtammann- und Betreibungsamt seien markant tiefere Einnahmen gegenüber dem letzten Voranschlag budgetiert worden. Der Grund dafür sei ein Bundesgerichtsurteil. Im Moment würden die Schuldner mittels Brief zur Abholung der Zahlungsbefehle auf dem Betreibungsamt aufgefordert. Jetzt sei diese Praxis aufgrund des Urteils nicht mehr möglich. Die Zahlungsbefehle müssten ohne vorherige Aufforderung per Post oder Weibel zugestellt werden. Und damit können für Abholungseinladungen und Abholungsaufforderungen keine separaten Gebühren mehr verrechnet werden. Darum die doch ziemlich starke Einkommenseinbusse.

2014 sollte ein Geschäftsverwaltungssystem beschafft und vorerst im Präsidial- und Schulsekretariat eingeführt werden. Dieses Tool würde sowohl in der laufenden Rechnung als auch in der Investitionsrechnung auftauchen. Ziel sei eine zentrale Ablagearchitektur von Dokumenten und Akten. Jedes Dokument würde von seiner Entstehung bis zu seiner Langzeitarchivierung eine Versionierung erhalten; autorisierte Personen und nur diese hätten jederzeit Zugriff auf das Dokument, könnten den Bearbeitungszustand und die nächsten Prozess-Schritte sehen. Damit breche das goldene Zeitalter der papierlosen Verwaltung noch nicht gleich an. Aber es sei ein wichtiger Schritt in Richtung Transparenz, Sicherheit und elektronischer Langzeitarchivierung. Auch der Gemeinderat dürfte dereinst betroffen sein: Dann sitzen alle mit Laptops und iPads da statt mit den vertrauten gelben Papieren.

In Sachen Datensicherheit würde die Dienststelle Informatik 2014 konsequent den eingeschlagenen Weg verfolgen. Der Datenschutzbeauftragte des Kantons habe Wädenswil in dieser Hinsicht den vierten Rang aller Gemeinden im Kanton Zürich attestiert. Gratulation.

Die Abteilung Präsidiales werde dem Gemeinderat 2014 den Kaufentscheid zum Areal Rütihof unterbreiten. Die SP-Fraktion würde darauf pochen, dass der Stadtrat dabei nicht kurzfristige Gewinne anpeilen würde, sondern mit Baurechtsverträgen auf langfristige Kontrolle und umsichtige Planung setze.

Finanzen (Seite 18 bis 23) **Globalbudget Finanzen**: Immobilien (Seite 77 und 78)

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, möchte sich bei Stadtrat Paul Rota und seinem Team für den freundlichen Empfang während der Besuchswoche und die kompetente Beantwortung der Fragen zum Voranschlag 2014 bedanken.

Bei der Abteilung Finanzen würde sich der budgetierte Aufwand bei den meisten Positionen in derselben Grössenordnung wie im Budget 2013 bewegen. Zwei Punkte würde er gerne aber noch ansprechen.

Durch das Missmanagement mit diesen Zinsabsicherungsinstrumenten werde das Budget 2014 mit überhöhten Zinskosten von rund CHF 0.4 Mio. belastet – die zukünftigen Rechnungen bis ins Jahr 2021. Der durchschnittliche Zinssatz liege im 2014 bei 3.4%. Erfreulicherweise konnte die durchschnittliche Gesamtrestlaufzeit der langfristigen Darlehen aber durch die konsequente Bewirtschaftung von 12 auf 5 Jahre reduziert werden. Auch im 2014 seien wieder Einlagen in die Spezialfinanzierungen geplant. Wegen den schon sehr hohen Guthaben bei den Spezialfinanzierungskonti für die Abwasseranlagen sowie die Gas- und Wasserversorgungen seien die Passivzinsen auf über CHF 0.3 Mio. angestiegen. Somit würden diese Spezialguthaben den steuerfinanzierten Bereich belasten.

Die Budgetierung der Steuern basiere auf den Annahmen des Gemeindeamts und den Entwicklungen in den Vorjahren. Basierend auf der Hochrechnung für 2013 und höheren Erträgen aufgrund von Zuzügen würden die ordentlichen Steuern I – also die Steuern des laufenden Jahres - CHF 2.1 Mio. höher budgetiert werden. Die ordentlichen Steuern II – also die Steuern aus den Vorjahren – würden um CHF 0.5 Mio. tiefer veranschlagt. Die budgetierten Grundsteuern bewegten sich mit CHF 8 Mio. auf dem Niveau der Vorjahre. Grosse Geschäfte könnten da zu hohen Schwankungen führen. Würde man die effektiven Erträge der Vorjahre betrachten, werde auch für das Jahr 2014 eher konservativ budgetiert.

Der Finanzausgleich sei nach dem einmaligen „Rüschlikoner-Effekt“ im 2013 mit CHF 7.9 Mio. wieder auf dem Niveau der Vorjahre. Vom budgetierten Betrag werden CHF 1.4 Mio. der OSW zugeteilt.

Bei den Liegenschaften sei für das Jahr 2014 ein Nettoertrag von CHF 0.4 Mio. budgetiert worden. Die Dienststelle Immobilien habe einen grossen Fokus auf die Energiesparmassnahmen und das Personal würde entsprechend geschult. So könnten beim Unterhalt und den Energiekosten tiefere Aufwände budgetiert werden. Der Immobilienertrag sei wegen

interner Flächenverrechnungen durchgeführt und den Abteilungen belastet worden, was zu Mehreinnahmen von CHF 300'000.-- geführt habe. Es sei der Plan, die interne Flächenverrechnung an die Abteilungen vollständig einzuführen. Wie von der GRPK beantragt, seien die FLAG-Ziele bis ins 2018 neu definiert und im Globalkredit reflektiert worden.

Die FDP-Fraktion unterstütze den Antrag der GRPK, den Voranschlag und den Steuerfuss von 84% zu genehmigen.

Planen und Bauen (Seite 24 bis 28) **Globalbudgets Planen und Bauen:** Vermessung (Seite 79); Strassenwesen inkl. Belagsarbeiten (Seite 80); Abwasseranlagen (Seite 81); Öffentlicher Verkehr (Seite 82); Grünanlagen (Seite 82 und 83); Friedhofbetrieb (Seite 83 und 84)

Mitglied der GRPK, Berti Stocker, EDU, sagt, dass sie zusammen mit Walter Münch die Abteilung Planen und Bauen besucht habe. Sie danken für den freundlichen Empfang und die Beantwortung der vorgängig eingereichten Fragen. Themen wie die Reorganisation der Abteilung, die voraussichtlichen Investitionen und die Spezialfinanzierung wurden angesprochen.

In der jüngsten Vergangenheit habe es für die Abteilung Planen und Bauen einige Veränderungen gegeben. Mit dem neuen Leiter wurden auch einige Änderungen vorgenommen. Dies hatte nicht nur eine räumliche Neuaufteilung zur Folge, sondern auch Auswirkungen auf die verschiedenen Konti. So würde der unter Konto 301 geführte Hochbau neu unter Bewilligungen Konto 302 verbucht werden. Ebenso werde der Natur- und Heimatschutz im neu geschaffenen Konto 311 Planung integriert.

Die grösste Zusammenführung bestünde aus der Dienststelle Vermessung und Geographisches Informationssystem (GIS), was auch personelle Veränderungen nach sich ziehe, respektive von den Werken übernommen wurden. Die Reorganisation wirke sich auch auf den flächendeckenden Leistungsauftrag mit Globalbudget FLAG aus. So würden z.B. mit der Fusion GIS und Vermessung die Erträge höher ausfallen, da diese nach betriebswirtschaftlichen Massstäben geführt werden und auch interne Leistungen transparent verrechnet werden. Mit der Datenübernahme Gas/Wasser und Personalrochade aus der Abteilung Werke bliebe aber auch der höhere Aufwand nicht aus. Auf der Investitionsseite werde vor allem die Infrastruktur der Abwasseranlagen berücksichtigt.

Was die Spezialfinanzierung der Abwasseranlagen betreffe, sollte diese eine ausgeglichene Rechnung aufweisen, wie dies in den Indikatoren festgehalten sei. In der Vergangenheit konnte dies über die zusätzlichen Abschreibungen ausgewiesen werden. Weil das auf Grund eines GRPK-Entscheids nicht mehr so gehandhabt werden könne, sei die Abteilung gefordert, hier die entsprechende Lösung einzuleiten. Dies ist nach der Meinung der GRPK nur über eine Gebührensenkung möglich. So könnte eine saubere und buchhalterisch korrekte Rechnung präsentiert werden. Ausserdem werde eine Gebührensenkung den Steuerzahler entlasten. Die GRPK werde eine Änderung des FLAG-Indikators für eine ausgeglichene Rechnung neu im Durchschnitt von 5 Jahren, anstatt wie bisher von 10 Jahren fordern.

Zur allgemeinen Vorlage des Voranschlag 2014 möchte sich die EVP/EDU-Fraktion zu den massiv höheren Personalkosten äussern. Zum einen sei es die Aufstockung des sicher gerechtfertigten Personalbestands, was höhere Kosten hervorrufen werden. Auf der anderen Seite würden oder müssen aufgrund von gesetzlichen Vorgaben vermehrt professionell ausgebildete Fachleute eingestellt werden, die auch dementsprechende Gehälter bezögen. Die Fraktion sei der Meinung, dass man diese Entwicklung im Auge behalten sollte und in der Zukunft entsprechende Massnahmen in Beachtung ziehen sollte.

Damit stimme die EVP/ EDU-Fraktion dem vorliegenden Voranschlag 2014 mit dem Antrag der GRPK und dem gleichbleibenden Steuerfuss von 84% zu. Persönlich wünsche sie den Verantwortlichen der Abteilungen sowie dem gesamten Mitarbeiterstab, dass die geplanten Vorhaben erfolgreich umgesetzt und die finanziellen Seiten im vorgegebenen Rahmen eingehalten werden können.

Abteilung 404, Abwasseranlagen

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Kostendeckender und wirtschaftlicher Betrieb der Abwasseranlagen.	Ausgeglichene Abwasserrechnung im Durchschnitt der letzten zehn Jahre.
neu	Kostendeckender und wirtschaftlicher Betrieb der Abwasseranlagen.	Ausgeglichene Abwasserrechnung – Ertrag minus Aufwand – im Durchschnitt der letzten fünf Jahre.

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, sagt, dass der Voranschlag und Steuerfuss bekanntlich durch den Gemeinderat festgelegt werde. Doch die Budgethoheit vom Parlament habe leider seine Grenzen, dann nämlich, wenn es um die gebührenfinanzierten Bereiche ginge.

Als Gemeinderat dürfe man zwar die Indikatoren und Standards festlegen – doch was nützte das, wenn die Gebührenfestlegung in die alleinige Kompetenz des Stadtrats falle? Zum wiederholten Mal fordere die GRPK eine ausgeglichene Wasser- und Abwasserrechnung über mehrere Jahre. Berti Stocker habe bereits darauf hingewiesen. Das Gegenteil sei der Fall gewesen. Er würde einen stetigen Anstieg der Spezialfinanzierungssalden sehen und höre keinerlei Signale, wie diese gesenkt werden könnten. Es sei völlig offensichtlich: Der Stadtrat nehme die vom Gemeinderat beschlossenen Indikatoren und Standards nicht ernst. Er reagiere nicht auf Forderungen von Kommission und Gemeinderat. Wenn es um Gebühren ginge, würden GRPK und Gemeinderat zu reinen Bittstellern degradiert.

Er erkenne keinerlei Willen zur Gebührensenkung. Dafür stelle er eine gewisse Ratlosigkeit fest. Dies möge auch daran liegen, dass der Gemeinderat vor einem Jahr gegen den stadträtlichen Willen die Zusatzabschreibungen gestrichen hätte. Denn jetzt fehlen dem Stadtrat die bisherigen Manövriermassen, die tatsächliche Höhe der Spezialfinanzierungssalden zu verschleiern. Es sei völlig inakzeptabel, dass die gemeinderätlichen Anliegen ignoriert würden. Die CVP fordere ein rasches Überdenken der bisherigen Tarifpolitik und eine angemessene Rückerstattung der angehäuften Gelder an die Gebührenzahler.

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, möchte sich nur kurz halten. Der einzige Antrag betreffe das FLAG-Ziel. Es gehe darum, dass die Abteilung den Indikator von zehn auf fünf Jahre abstützen soll. Es sei erstaunlich, denn beim Steuerfuss spreche der Rat immer von einem konstanten Steuerfuss. Auch hier spreche man von konstanten Gebühren. Die Gebühren 2011 wurden von CHF 1.80 auf CHF 1.50 und im 2012 von CHF 0.80 auf CHF 0.10 abgesetzt. Man habe also im diesjährigen Budget versucht zu reagieren. Für ihn bedeute dies eine ausgeglichene Rechnung, aber selbstverständlich dürfe das der Rat anders beschliessen. Es liege in der Kompetenz des Gemeinderats diese Indikatoren anzuwenden und auch anzupassen. Er denke aber, es wäre sinnvoller den Indikator auf zehn Jahren zu belassen, da es einfach kontinuierlichere Berechnung der Ansätze erziele.

Das Spezialfinanzierungskonto der Abwasseranlage sei mit ca. CHF 6 Mio. im FEP eingetragen und in den nächsten vier Jahren werde mit rund CHF 15 Mio. Ausgaben geplant. Somit müsse man nicht lange rechnen um zu wissen, wie viel von den CHF 6 Mio. übrig bleiben würden. Auch hier sei es für ihn nicht das richtige Zeichen, die Gebühren zu senken, obwohl er dies aus seiner politischen Haltung sehr gerne unterstützen würde, aber betriebswirtschaftlich würde dies keinen Sinn ergeben. Aber das Parlament habe die Kompetenz dies zu entscheiden.

Abstimmung Gegenüberstellung Antrag Stadtrat (10 Jahre) gegen Antrag der GRPK (5 Jahre):

Der Rat stimmt ohne Gegenstimme dem Antrag der GRPK, eine ausgeglichene Abwasserrechnung im Durchschnitt der letzten fünf Jahre zu erhalten, zu.

Werke (Seite 29) **Globalbudgets Werke**: Gasversorgung (Seite 84 und 85); Wasserversorgung (Seite 86 und 87); Entsorgung und Recycling (Seite 87 und 88); Energiedienste (Seite 89 und 90)

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, sagt, dass er zusammen mit Beat Wiederkehr die Abteilung Werke besucht habe. An dieser Stelle einen grossen Dank an Monika Salzmann, Rolf Baumbach und Ernst Brupbacher für das konstruktive Gespräch und den freundlichen Empfang. Aufwand und Ertrag seien mit je CHF 24 Mio. im Rahmen vom Vorjahr. Jeder Aufwand – ausser jener der Energiekommission – sei gebührenfinanziert. Was ihn auf das vorhergehende Thema bringe: Bei der Erdgas- und Wasserversorgung werden ziemlich grosse Vermögen angehäuft.

Beim Erdgas sei es ihnen noch sinnvoll erklärt worden, und zwar werde der Wert des Erdgases in den nächsten Jahren liberalisiert, das heisse, dass der Umsatz der Werke volatil werden könnte, nämlich dann, wenn grössere Kunden den Anbieter wechseln würden. Die Kosten habe man aber trotzdem, denn die Gasmenge müsse vorab mitgeteilt und auch bezahlt werden, und daher benötige man hier gewisse Reserven. Dies sei die sinnvolle Erklärung dazu, dass im Indikator CHF 5.6 Mio. und nicht mehr ca. CHF 3 Mio. als Maximalgrenze bestehe.

Bei der Wasserversorgung sei damit argumentiert worden, dass das HRM2 zu grossen Unsicherheiten führe, grosse Kosten anfallen könnten und man dafür Reserve benötige. Für die GRPK sei diese Argumentation aber nicht sehr schlüssig. Der Kanton halte fest, dass durch Neubewertungen von Anlagen nichts doppelt abgeschrieben werde und keine realen Zusatzkosten entstünden. Ihnen sei auch die etwas kreative Auslegung der Vorschriften aufgefallen. Es sei ihnen gesagt worden, dass eine ausgeglichene Rechnung nicht heisse, dass am Schluss nichts in spezialfinanzierte Konti einbezahlt oder ausbezahlt werde, sondern dass das Verwaltungsvermögen gleich hoch sein soll wie das Spezialfinanzierungskonto. Daher möchten sie den Indikator anpassen, damit klar sei, was gemeint sei.

Noch ein Wort zum Thema Energiestadt. Er sei im ersten Moment erschrocken, als das Energiestadtlabel Gold nicht mehr in den FLAG-Zielen aufgeführt gewesen sei, aber es sei nun ein Teil des Energiemasterplans 2020.

Abteilung 52, Wasserversorgung

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Kostendeckender und wirtschaftlicher Betrieb der Wasserversorgung.	Ausgeglichene Wasserrechnung im Durchschnitt der letzten zehn Jahre.
neu	Kostendeckender und wirtschaftlicher Betrieb der Wasserversorgung.	Ausgeglichene Wasserrechnung – Ertrag minus Aufwand – im Durchschnitt der letzten fünf Jahre.

Stadtrat Werke, Ernst Brupbacher, führt aus, er könne sich seinem Vorredner im Stadtrat Heini Hauser nur anschliessen. Der Stadtrat nehme die Anliegen der GRPK ernst. Sie würden eine Reduktion der Wassergebühren prüfen und entsprechend reagieren. Eine vorübergehende Gebührenreduktion sei wahrscheinlich und möglich, müsste jedoch später wieder nach oben angepasst werden.

Heinz Wiher, GP, führt aus, dass ein Ziel der Werke sei, energetisch sinnvolle Energieversorgungsanlagen zu fördern, zu bauen und zu betreiben. Ein Indikator dabei sei der Ausbau des Wärmeverbunds Untermosen. Dass dieser Wärmeverbund Potenzial habe, erleben alle hier im Saal hautnah, man messe nämlich gerade hier 25 Grad. Mit jedem Grad womit zu viel geheizt werde, könnte man 6% Energie sparen. Er habe gehört, dass man auf der Verwaltung eine Energiebuchhaltung einführen wolle – es wäre höchste Zeit dafür, damit die städtischen Immobilien entsprechend bewirtschaftet würden. Man könne viel sparen und das Geld wirklich für sinnvollerer ausgeben, zum Beispiel um die städtischen Liegenschaften zu sanieren.

Abstimmung Gegenüberstellung Antrag Stadtrat (10 Jahre) gegen Antrag der GRPK (5 Jahre):

Der Rat stimmt einstimmig dem Antrag der GRPK, eine ausgeglichene Abwasserrechnung im Durchschnitt der letzten fünf Jahre zu erhalten, zu.

Sicherheit (Seite 30 bis 33) **Globalbudget Sicherheit: Polizei** (Seite 91 und 92)

Mitglied der GRPK, Ivo Peyer, BFPW, erzählt, Ende Oktober 2013 habe er mit Adrian Stucki die Abteilung besucht. Ein Dankeschön an Andreas Ledermann und Thomas Largiadèr für das offene und interessante Gespräch sowie die Beantwortung der Fragen.

Er gehe nur noch auf einen Punkt ein – die Stadtpolizei.

Diese hätten im Vergleich der Rechnung 2012 und Voranschlag 2014 Mehrausgaben von CHF 230'000.-- bei den Besoldungen. CHF 100'000.-- seien auf einen Stadtratsbeschluss von 7. Oktober 2013 zurückzuführen, als Reserve für Lohnerhöhungen, obwohl das Postulat noch nicht bearbeitet worden sei. Ob eine solche Budgetpolitik richtig sei, könne man nun lange diskutieren. Aufgrund der Höhe des Betrags liessen sie diesen Budgetposten jedoch bestehen.

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, erklärt, dass sein Vorredner zu Recht auf die Reserve von CHF 100'000.-- für Lohnerhöhungen bei der Stadtpolizei hingewiesen habe. Er habe festgestellt, dass kurz vor der Budgetfestlegung eine Lohnreserve eingebaut worden sei, obwohl das Postulat noch nicht im Gemeinderat behandelt worden sei. Die vorschnelle Reaktion des Stadtrats sei unverständlich. Er persönlich werde weiterhin nicht an das Allheilmittel einer Lohnerhöhung glauben, um die Attraktivität des Polizeikorps zu steigern – nicht einmal bei dieser substantiellen Erhöhung. Streng genommen hätten diese Zusatzausgaben im Budget nichts verloren. Er werde deshalb den Stadtrat auffordern, bis zur Postulatsbehandlung keine Lohnerhöhung umzusetzen. Gemeinderat und Stadtrat müssten sich zudem bewusst sein, dass eine isolierte Lohnanpassung in einer bestimmten Abteilung heikel sei und ungewollte Signalwirkungen auf andere Verwaltungseinheiten haben könnte.

Schule und Jugend (Seite 34 bis 40) **Globalbudget Schule und Jugend: Freizeitanlage** (Seite 93 und 94)

Mitglied der GRPK, Adrian Stucki, GP, durfte zusammen mit Christian Gross die Abteilung Schule und Jugend besuchen und auch er möchte sich vorab bei Johannes Zollinger, Maja Streuli, Urs Wetzstein und Patrick Weil bedanken. Er möchte auf drei Punkte hinweisen.

Die Zahl vom Voranschlag 2014 bewege sich fast im gleichen Rahmen wie das Budget 2013. Das habe es schon lange nicht mehr gegeben, die Schulausgaben seien jedes Jahr gestiegen. Jetzt könne man natürlich hoffen, es sei nicht wegen des frisierten Budgets sondern eine Tatsache.

Vor allem im Bereich der sonderpädagogischen Massnahmen habe man Mehrausgaben zu verzeichnen, diese seien meist das Sorgenkind. Im DAZ (Deutsch als Zweitsprache) habe man wiederum Mehrausgaben, welche auch in Zukunft weiterhin steigen würden. Dies sei aber nicht nur auf ausländische Kinder und Jugendliche zurückzuführen. Auch Schweizer Kinder würden diesen Unterstützungsunterricht besuchen.

Die Freizeitanlage sei ein Problemkind, dies habe man heute bereits von Hanspeter Andreoli gehört. Schauen man die Ausgaben und die Einnahmen etwas genauer an, sei das Problem nicht mehr so gross. Er würde die damalige Weisung zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr so annehmen, wie es der Rat gemacht habe. Die CHF 600'000.-- seien in der Weisung enthalten gewesen mit der Annahme, dass dies nun die nächsten 10 bis 20 Jahren so sein müsse. Man habe keine Teuerung berücksichtigt und der Freizeitanlage sämtlichen ökologischen Spielraum genommen. Kurz darauf – die Qualität der Weisung sei wiederum nicht sonderlich gut gewesen – habe man begonnen Querschnittskosten zu errechnen. Man habe angefangen Buchhaltungs- und IT-Kosten einzurechnen, wovon in der Weisung aber niemals gesprochen worden sei. Aber Beat Baur mache mit den zur Verfügung gestellten Kosten einen super Job. Hanspeter Andreoli habe in seinem Votum von CHF 156'000.-- gesprochen, es sei heute aber so, dass die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule in die Freizeitanlage eingegliedert worden sei, was natürlich höhere Kosten generiere. Der Posten von früher sei bei genauer Betrachtungsweise auf 0.

Was aber der Stadtrat bereits wisse, sei, dass man sich hier auf einem sensiblen Pflaster bewege. Daher müsse man nicht unbedingt eine Website für CHF 40'000.-- fürs 2014 budgetieren. So wichtig empfinde er dann einen gemeinsamen Auftritt von Stadt und Freizeitanlage auch nicht. Da hätte man ruhig noch etwas zuwarten können.

Die alljährlichen erwähnten Heimkosten seien nun etwas tiefer budgetiert und er sei sich sicher, dass dieser Punkt der zweiten oder dritten Sparrunde zum Opfer gefallen sei.

Stadtrat Schule und Jugend, Johannes Zollinger, sagt, dass Adrian Stucki das sorgfältig gemachte Budget sehr sorgfältig beschrieben habe. Und tatsächlich gehöre zu jedem Budget ein Teil Optimismus aber auch Pessimismus. Ende Jahr werde man feststellen können, wie man die Zielvorgaben erreicht habe. Bei der Abteilung Schule und Jugend gebe es immer wieder Überraschungen, worauf man reagieren müsse.

Soziales (Seite 41 bis 47) **Globalbudgets Soziales**: Soziale Dienste (Seite 94 und 95); Asylwesen (Seite 96 und 97); Frohmatt (Seite 97 bis 100)

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, führt aus, er habe zusammen mit Beatrice Gmür die Abteilung Soziales und die Frohmatt besucht. Für die vorgängig beantworteten Fragen und das offene Gespräch während den Besuchen möchten sie sich bei der Stadträtin Felicitas Taddei, den beiden Abteilungsleitern Markus Morger und Cristian Rentsch bedanken.

Zum Sozialen:

Trotz zwei Sparrunden steige der Nettoaufwand um CHF 826'000.-- auf CHF 18.6 Mio. Ob und inwieweit Kosten eingespart werden können, werde sich zeigen, weil die Einflussnahme auf die Ausgaben äusserst gering sei. Die meisten Ausgaben seien zudem gebunden. Ratsschlüsse und Informationen über die Betreuung und Pflege seien bisher durch die Spitex abgegeben worden. Im Juni 2013 bewilligte der Stadtrat eine 60%-Stelle, eine sogenannte

Infostelle Betreuung und Pflege, welche beim Sozialen angesiedelt wurde. Der Nettoaufwand in der Administration nehme deshalb um CHF 68'000.-- zu.

Weit grösser seien die Zunahmen in: 809 Beiträge für die Betreuung von Kleinkindern; 810 Beiträge; 820 gesetzliche wirtschaftliche Hilfe. Die Zunahme des Nettoaufwandes dieser drei Konten erreiche CHF 1.25 Mio.

Bei der Betreuung von Kleinkindern sei die Einkommensgrenze mit der Gesetzesänderung massiv erhöht worden. Früher seien drei bis vier Fälle abgewickelt worden. Jetzt würden diese Fälle von Monat zu Monat zunehmen. Die Zunahme des Nettoaufwands liege deshalb bei CHF 248'000.--. Im Kanton würden dazu erste Vorstösse laufen um diesen Umstand zu korrigieren.

Im Budget 2013 sei unter Beiträgen erstmalig das Konto Heimversorgungen mit CHF 1.25 Mio. geführt worden. Im zweiten Jahr nehme dieser Beitrag bereits um CHF 550'000.-- auf CHF 1.8 Mio. zu. Einzelne Heimplatzierungen seien teuer und könnten bis CHF 150'000.-- kosten. Nach Anweisung des Kantonalen Sozialamts dürften Heimversorgungen nicht mehr über die gesetzlich wirtschaftliche Hilfe abgerechnet werden. Die Kontogruppe 820 werde damit zwar entlastet, doch Netto würden Mehrkosten entstehen. Auf diesen Leistungen werden keine Staatsbeiträge mehr ausgerichtet und zudem könnten sie auch nicht mehr weiterverrechnet werden. Resultat: Eine Zunahme des Nettoaufwands von CHF 569'000.--.

Bei der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe zeige sich, dass die Fallzahlen zwar konstant, die Auslagen jedoch steigen und die Rückerstattungen abnehmen würden. Damit verbleibe ein immer grösserer Teil bei Wädenswil. Zunahme vom Nettoaufwand CHF 430'000.--.

Hier ein Lichtblick: Die Sozialversicherungen und die Sozialen Dienste würden zusammen einen Rückgang des Nettoaufwands von CHF 429'000.-- aufweisen.

Die Frohmatt stehe heute in der Endphase des Umbaus. Für das umgebaute Haus Tal müssten neue Bewohnende rekrutiert werden, welche so rasch als möglich die umgebauten Zimmer bezögen und damit die Vollbelegung von 125 Personen sicherstellen würden. Im Voranschlag 2014 werde davon ausgegangen, dass im kommenden Februar „tutto completo“ sei. Damit diese Bewohnenden gepflegt, beherbergt und zufriedengestellt werden könnten, brauche es aber auch zusätzliche Fachkräfte. Diese 12 Vollzeitpensen würden in Besoldungen und den Sozialleistungen einen Mehraufwand von fast CHF 1.0 Mio. verursachen.

Per Juli 2014 sei eine weitere Tarifierhöhung angekündigt, welche die Einnahmen gesamthaft um CHF 1.5 Mio. anheben. Sofern alles nach Plan laufe, sei damit ein Aufwandüberschuss von CHF 1.56 Mio. unvermeidbar.

12 kleinere Investitionen zwischen CHF 50'000.-- und CHF 100'000.-- würden gesamthaft mit CHF 905'000.-- veranschlagt werden: Einige davon seien Kosten, welche unter Ausstattung oder Betriebseinrichtungen gehören würden und somit über den Umbaukredit abgeschrieben werden könnten. Es gehe aber auch um Modernisierung, Effizienzsteigerung, Sicherheitsoptimierungen und um das Wohlfühlen und motivieren von Menschen. Sie wür-

den erwarten, dass diese Aufgaben sorgfältig und detailliert geprüft und die Beschaffung erst im Hinblick auf einen Geschäftsverlauf nach Plan definitiv getätigt werden.

Der Leitung, dem Personal und allen Beteiligten möchten sie ein herzliches Dankeschön aussprechen, welche während der Umbauphase einen anspruchsvollen Job verrichtet haben. Sie würden ihnen für das Jahr nach dem Umbau gute Gesundheit und viel Freude und Erfolg bei ihrer Arbeit wünschen.

Gesundheit (Seite 48 bis 51) **Globalbudget Gesundheit: Badeanlagen** (Seite 100 und 101)

Mitglied der GRPK, Ivo Peyer, teilt mit, dass er zusammen mit Adrian Stucki Ende Oktober die Abteilung besucht habe. Ein Dankeschön an Andreas Ledermann und Thomas Largiadèr für das offene und interessante Gespräch sowie die Beantwortung der Fragen.

Es sei für diese Abteilung unmöglich die beiden Konten Pflegebeiträge sowie Spitexbeiträge mit/ohne Leistungsvereinbarung zu budgetieren. Der hauptsächliche Anstieg von Fr. 1 Mio. (Vergleich Rechnung 2012 und VA2014) sei auf diese Positionen zurückzuführen.

Investitionsrechnung (Seite 52 bis 74) **und ordentliche Abschreibungen** (Seite 75)

Seitenweises durchgehen der Investitionsrechnung.

Konto 600:

Hanspeter Andreoli, BFPW, stellt folgenden Änderungsantrag:

Investitionsrechnung 620 Gemeindestrassen, Konto-Nr. 5650.01 Beitrag an Holzmoosrütistrasse von aktuell CHF 600'000.-- auf CHF 1 Mio.

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer führt aus, dass ihr der Änderungsantrag korrekt schriftlich vorliege, wie es laut Geschäftsreglement Gemeinderat Art. 27 Ziffer 2, vorgeschrieben sei. Über diesen Antrag sei sofort abzustimmen.

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, sagt, dass er es toll finde, dass es im Rat bereits heute Personen gebe, die wüssten, wie die Schätzungskommission beschliessen würde. Die Schätzungskommission sei von der Regierung des Kantons eingesetzt worden und hätten dies ernst genommen. Es habe eine Begehung stattgefunden, wobei alle Argumente seitens der Eigentümer der anliegenden Liegenschaften und der Stadt auf den Tisch gelegt wurden. Es gebe keine neue Ausgangslage wie in den bisherigen vergangenen vier Jahren. Es sei nicht sinnvoll, in diesem Moment den Betrag zu erhöhen. Damit würde man eine Art von Zeichen setzen, dass die Stadt der Meinung sei, dass CHF 800'000.-- der richtige Betrag sei. Der Stadtrat sei aber nach wie vor der Meinung, dass CHF 600'000.-- eine angemessene Entschädigung an diese Strasse sei. Würde die Schätzungskommission dies anders beschliessen, müsse die Stadt diesen Betrag bezahlen, ob er dann tiefer oder

höher sei wie budgetiert. Er sehe keinen Sinn, diesen Betrag im Budget nun zu erhöhen, aber selbstverständlich sei es dem Gemeinderat freigestellt. Letztendlich werde es aber nichts daran ändern, dass die Stadt den Entscheid der Schätzungskommission akzeptieren müsse.

Hanspeter Andreoli, BFPW, möchte darauf noch etwas erwidern. Denn Stand der Dinge sei ein Gerichtsentscheid des Verwaltungsgerichts, dass die Stadt Wädenswil den Fall verloren habe. Der Rat habe dies in einer Weisung behandelt, wobei immer von einem Betrag von CHF 1 Mio. gesprochen worden sei. Man wisse von der Schätzungskommission überhaupt nicht, wie sie sich entscheiden werde, zudem wisse man auch noch nicht, ob dieser Entscheid akzeptiert würde. Es sei nur eine Vorgabe der Kommission, dazu müsse der Grundeigentümer immer noch ja sagen oder nicht.

Er habe auch dazumal in der Parteierklärung 2012 klipp und klar gesagt, dass nach dem Strassengesetz das Grundstück auch dazu gerechnet werde, also nicht nur die Erstellungskosten. Es könne dann durchaus möglich sein, dass der Betrag höher als CHF 1 Mio. ausfallen werde. Der Stand heute sei, dass es um CHF 1 Mio. gehe, dies wisse man aus dem Vertrag zwischen der Stadt und der PKE. Sie seien der Meinung, dass man mit dem Steuerzahler ehrlich umgehen müsse.

Stadtrat Finanzen, Paul Rota, könnte die Überlegungen vom BFPW leider gar nicht nachvollziehen. Seit Jahren sei der Betrag von CHF 600'000.-- im Budget und der Stadtrat sei davon überzeugt, dass man diese CHF 1 Mio. nicht bezahlen müsse. Diese Änderung zeige die Bereitschaft, dass der Rat jeden Betrag zahlen würde und dies empfinde er als nicht klug und sei ein falsches Signal.

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer führt aus, dass man nun zwei Anträge habe. Diesen vom Bürgerlichen Forum Positives Wädenswil und jener vom Stadtrat. Sie zitiere nochmals den Wortlaut des Änderungsantrags des BFPW: „Hiermit beantragt das Bürgerliche Forum Positives Wädenswil folgenden Änderungsantrag: Investitionsrechnung 620 Gemeindestrassen; Konto 5650.01 Beitrag an Holzmoosrütistrasse von aktuell CHF 600'000.-- auf CHF 1 Mio. zu erhöhen.“

Abstimmung über den Änderungsantrag des BFPW; Gegenüberstellung Antrag Stadtrat (Konto belassen) gegen Antrag vom BFPW (Konto auf CHF 1 Mio. erhöhen):

Der Rat stimmt mehrheitlich dem Antrag des Stadtrats, den Betrag von CHF 600'000.-- im Budget zu belassen und nicht auf CHF 1 Mio. zu erhöhen, zu.

Konto 600:

Adrian Stocker, SVP, stellt folgenden Änderungsantrag:

Investitionsrechnung 620 Verkehr, Konto-Nr. 5010.78 Eidmattstrasse; Auffrischung zentraler Grünflächen, Streichung von Fr. 100'000.-- auf Fr. 0.--.

Seiner Ansicht nach, sei dieser Punkt Wunschbedarf. Ein weiterer Grund sei, dass die Biodiversität der momentan verwilderten Fläche nicht besser werde, wenn man sie aus optischer Sicht verschönere.

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer erklärt, dass ein Änderungsantrag – wie bereits vorher ausgeführt – schriftlich einzureichen sei. Er müsse den Antrag kurz zu Papier bringen. Sie zitiert den Antrag: „Verkehr 602, Konto 5010.78; Streichung von CHF 100'000.-- auf neu CHF 0.--.“

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser, möchte dem Rat kurz erklären, um welche Grünfläche es sich handle. Das kleine Pärkchen der reformierten Kirchgemeinde, welches zwischen der Eidmattstrasse und dem Gessnerweg liege, also vom ehemaligen Cafe Homberger Richtung Rosenmattpark auf der linken Seite. Der Antrag sei in der Investitionsrechnung enthalten, da der Rat wegen eines Vorstosses von Jonas Erni betreffend Aufwertung der Grünflächen versprochen habe, dass man diese Aufwertungen an die Hand nehme. Es sei nicht der wichtigste Punkt, die Zukunft von Wädenswil hänge nicht an dieser Grünfläche, aber es wäre nötig, denn der Park sei sehr verwildert.

Abstimmung über den Änderungsantrag von Adrian Stocker: Gegenüberstellung Antrag Stadtrat (CHF 100'000.-- im Budget zu belassen) gegen Antrag von Adrian Stocker (Streichung der CHF 100'000.-- im Budget):

Der Rat stimmt mehrstimmig dem Antrag des Stadtrats, den Betrag von CHF 100'000.-- für die Aufwertung der Grünfläche zu belassen, zu.

Konto 790:

Simon Kägi, GP, stellt folgenden Änderungsantrag:

Konto 5810.01 Golfplatz, Arealentwicklung; Neu die Ausgaben auf CHF 0.-- zu ändern. Der Stadtrat weise in der Investitionsrechnung ein Betrag von CHF 70'000.-- für die Arealentwicklung der Beichlen aus. Ihre Post-It-Aktion, welche sich in breiten Teilen der Bevölkerung grosser Beliebtheit und Aufmerksamkeit erfreut habe, habe sie dazu bewogen, diesen Posten genauer anzuschauen. Der Stadtrat habe sich gezwungen gefühlt eine Erklärung abzugeben, dass dies nicht wirklich eine Investition sei, sondern ein Verarbeitungs- bzw. Übergangskonto für Planungsaufwände. Notabene Planungsaufwände für ein Projekt, welches regional noch nicht bewilligt sei. Diese Ausgaben würden gemäss Stadtrat abschliessend periodisch der Migros verrechnet werden. Auf der Einnahmeseite stehe aber nichts von den CHF 70'000.--, was korrekterweise angebracht wäre. Sie verlangen deshalb die Streichung dieses Postens, denn ein solches Übergangskonto habe in der Investitionsrechnung nichts zu suchen, wenn schon, dann auf ein Konto der Abteilung Planen und Bauen geplante Projekte oder ähnliches. Weiter seien sie der Meinung, dass es auf der Einnahmeseite ebenfalls ersichtlich sein müsste, da die Migros dies zurückerhalten muss. Die

GP-Fraktion sei noch immer der Meinung, dass Wädenswil keinen Golfplatz benötige. Lieber unterstützen sie Aufwertungen von kleinen Parks im Stadtzentrum.

Sie hätten aus der Bevölkerung viele Vorschläge erhalten, was man mit einem Betrag von CHF 70'000.-- sonst noch machen könnte. Er möchte sein Antrag einreichen und mit den Worten von Christina Zurfluh Fraefel schliessen, dass im Moment kein Platz für Wunschbedarfprojekte bestehe.

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, verzichtet auf eine detaillierte Erklärung, da er dies bereits an der letzten Gemeinderatssitzung erläutert habe.

Ivano Coduri, SVP, sagt, dass man nun aber grundsätzlich das Gwad Nord und die Arealentwicklung Weinreben auch streichen müsste und nicht nur die CHF 70'000.-- für den Golfplatz. Sonst sei dies nicht konsequent.

Adrian Stucki, GP, erwidert, dass dort wohl die Investoren noch nicht bekannt seien und beim Golfplatzprojekt schon. So könnte man die gemachten Ausgaben bereits heute direkt an die Migros verrechnen.

Abstimmung über den Änderungsantrag von Simon Kägi: Gegenüberstellung Antrag Stadtrat (Konto belassen) gegen Antrag von Simon Kägi (Betrag von CHF 70'000.-- auf neu CHF 0.--) mit Stimmzähler:

Der Rat stimmt mit 16:12 dem Antrag von Simon Kägi, den Betrag von CHF 70'000.-- auf CHF 0.-- zu ändern, zu.

Schlussabstimmung zum Voranschlag und Leistungsaufträgen:

Der Rat stimmt einstimmig dem Voranschlag 2014 mit den vorhergehenden Änderungen und den Leistungsaufträgen 2014 zu.

Abstimmung Doppelsitzung

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer erklärt, dass nun 21.00 Uhr sei. Der Rat sei aber verpflichtet, die Diskussion über das begonnene Traktandum weiterzuführen. Daher werde es automatisch zu einer Doppelsitzung kommen. Sie schlage vor, dieses Traktandum zu beenden und anschliessend die Einbürgerungen vorzuziehen. Sie frage den Rat, ob er bereit sei, die Sitzung bis um 22.00 Uhr zu verlängern und bis dann alle möglichen Geschäfte zu erledigen. Der Rat stimmt diesem Vorschlag grossmehrheitlich zu.

Zweitens Steuerfuss 2014

Keine Wortmeldungen

Abstimmung über den Steuerfuss 2014:

Der Rat stimmt der Festsetzung des Steuerfusses von 84% (Vorjahr 84%) einstimmig zu.

Drittens Gesamtpaket

Abstimmung über das Gesamtpaket:

Dem Voranschlag 2014 inklusive den Leistungsaufträgen und Festsetzung des Steuerfusses von 84% (Vorjahr 84%) werden einstimmig zugestimmt.

6. Einbürgerungen:

LANGE geb. Schwarz, Gudrun Charlotte, geb. 7. April 1939 in Schorndorf (Deutschland), mit ihrem Ehemann **Friedrich Ernst Friedhelm**, geb. 30. April 1941 in Bielefeld-Mitte (Deutschland), deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Fuhrstrasse 11b

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1'500
Referent im Gemeinderat	Thomas Rom

MEMMI Concetta, geb. 18. August 1979 in Casarano (Italien), ledig, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Im Staubeweidli 3

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1'500
Referent im Gemeinderat	Thomas Rom

MUJCIC ALEN, geb. 20. Oktober 1976 in Travnik (Bosnien und Herzegowina), mit seiner Ehefrau **Mersija geb. Susak**, geb. 8. November 1973 in Radahova (Bosnien und Herzegowina) und ihre Tochter **Melisa**, geb. 25. Dezember 2008 in Zürich ZH, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 8

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1'500
Referent im Gemeinderat	Ivo Peyer

SEID Mohammed Amin, geb. 25. Februar 1957 in Worebabo (Äthiopien), mit seiner Ehefrau **Atsede GEBREHIWOT**, geb. 23. Juni 1966 in Dessie (Äthiopien), und den Kindern **Kerima MOHAMMED**, geb. 13. Oktober 1995 in Dessie (Äthiopien), **Abas MOHAMMED**, geb. 24. Oktober 1999 in Dessie (Äthiopien) und **Dunia MOHAMMED**, geb. 22. Januar 2004 in Zürich ZH, äthiopische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 6

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500
Albert A. Stahel

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer fügt hinzu, dass allen soeben das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt worden sei, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bund und den Kanton. Sie bitte sie, dass sie von den Rechten Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen.

****5 Minuten Unterbruch der Sitzung****

10.08

3. Finanz- und Entwicklungsplan 2014 - 2018

GRPK-Präsidentin Christina Zurfluh Fraefel, SVP, führt aus, dass der FEP die Marschrichtung für die kommende Periode 2014 bis 2018 aufzeige. Der Stadtrat setze ähnliche Schwerpunkte wie vor zwei Jahren, jedoch allgemeiner gehalten, was bei einer Strategie auch sinnvoll sei. Und so seien Infrastruktur, Wirtschaft/Gewerbe, Stadtentwicklung nach innen, Forschung/Bildung, Energiepolitik und der Steuerfuss im Fokus.

Wie immer, sei der FEP ein Blick in die Zukunft und so hätten sie am 14.11.2013 zusammen mit Stadtrat Paul Rota und Ralph Ruoss, Leiter Finanzen Ausschau gehalten. Sie möchte sich im Namen der GRPK bestens dafür bedanken.

Einer der wichtigsten Punkte daraus sei der Selbstfinanzierungsgrad. Prognostiziert werde ein Selbstfinanzierungsgrad von knapp 38% bis Ende 2018. Das Ziel wären 50%. Aktuell, über die letzten acht Jahre betrachtet, würden sie bei rund 130% ungewichtet liegen.

Der Steuerfuss habe seit 2007 von 95% auf heute 84% gesenkt werden können, was wichtig war für die Bürger und zur Attraktivität des Standorts beigetragen habe.

Seit 2004 hätten jährlich hohe Investitionen getätigt werden können und gerade in der unsicheren Wirtschaftslage sei ein antizyklisches Verhalten der Politik ein wichtiger Wachstumstreiber gewesen. Jetzt, wo die Wirtschaft wieder anrolle, könne die Politik wieder etwas vom Gas – antizyklisch eben. Das sei in Wädenswil mit Investitionen von knapp CHF 100 Mio. in den nächsten fünf Jahren nicht so. CHF 100 Mio. abzüglich CHF 25 Mio. für das Schulhaus Rotweg, sei man damit immer noch bei CHF. 15 Mio. Investitionen pro Jahr.

Zu den Empfehlungen: Wie bereits im letzten Bericht erwähnt, aber leider nicht umgesetzt, folgende Punkte:

- Detaillierte Aufstellung der geplanten Abschreibungen (Abschreibungstabelle);
- Gliederung der laufenden Rechnung in steuerfinanzierte und gebührenfinanzierte Bereiche;
- Darlegung des Selbstfinanzierungsgrads getrennt nach steuerfinanzierten und gebührenfinanzierten Bereichen.

Neu folgende Empfehlungen:

- Die Verwendung des gewichteten Selbstfinanzierungsgrads
- Eine Gesamtverschuldungsgrenze von unter 100% der ordentlichen Steuern

Angesichts der Tatsache, dass einige Grossprojekte anstünden, sollte sich der Stadtrat moralisch verpflichtet fühlen, die steuerfinanzierten Kleinprojekte kritisch zu hinterfragen und Sparmöglichkeiten konsequent umzusetzen.

Seitens der GRPK und auch von der SVP beantrage sie, auf den FEP 2014 - 2018 einzutreten.

Die GRPK beantrage, gestützt auf Artikel 25a der Gemeindeordnung, die finanzpolitischen Eckwerte für die Planungsperiode 2014 bis 2018 zu genehmigen:

1. Die GRPK könne einem Selbstfinanzierungsgrad von 37.8% innerhalb der vorliegenden FEP-Periode zustimmen, beantrage aber, dass längerfristig wieder ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100% erreicht werden müsse
2. Die Gesamtverschuldungsgrenze von unter 100% der einfachen Staatssteuer gemäss Ziffer 6.5 des FEP

Den übrigen FEP-Bericht nehme die Kommission zur Kenntnis.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, sagt, dass im Finanz- und Entwicklungsplan (FEP) Investitionen von CHF 100 Mio. in Schulgebäude und weitere städtische Einrichtungen geplant seien. Das seien pro Jahr fast 40% mehr Investitionen als in den letzten fünf Jahren. Die vergangenen Jahre waren gemäss FEP eine Hochinvestitionsphase – werden die nächsten Jahre somit zu einer Höchstinvestitionsphase? Als Konsequenz dieses Investitionsvolumens würde aus einem Nettovermögen von heute CHF 400.-- pro Einwohnenden eine Nettoschuld von CHF 2'000.-- pro Einwohnenden.

Investitionen von über CHF 100 Mio. seien hart, wenn nicht über der Schmerzgrenze für die Finanzkraft von Wädenswil. Trotzdem würde der Stadtrat glauben, dies ohne eine Erhöhung des Steuerfusses finanzieren zu können. Sei dies mehr Wahlkampfaktik oder seriöse Finanzpolitik? Oder hoffe man, dass auch zukünftig die Grundstückgewinnsteuer Jahr für Jahr das Budget retten werde? Mit der bereits beschlossenen und den noch geplanten Steuerfusserhöhungen der Oberstufe und den wohl unausweichlichen Steuerfusserhöhungen der Stadt, komme auf den Wädenswiler Steuerzahler stürmische Zeiten zu.

Die FDP-Fraktion bemängle, dass sich der Stadtrat nicht die Mühe genommen habe, im FEP auch alternative Finanzierungsmodelle aufzuzeigen, wie die geplanten Investitionen finanziert werden könnten. Sei es immer noch sinnvoll, dass die Stadt Bauherr und Eigentümer der Schulhäuser und Alterszentren sei? Der Kanton zum Beispiel beabsichtige, Liegenschaften für die Fachhochschule und Mittelschulen zu mieten statt selber zu bauen. Und wurden auch Leaseback-Modelle für bestehende Anlagen geprüft? So könnte Kapital für zukünftige Investitionen bereitgestellt werden. Das von der Stadt bis 2018 angestrebte

Energiestadtlabel Gold würde Sanierungsvorhaben massiv verteuern. Ob man davon je einen Nutzen haben werde, stehe in den Sternen. Habe der Stadtrat geprüft, ob das Ver selbständigen von Betrieben, wie zum Beispiel von Alterszentren eine Alternative wäre? Andere Gemeinden würden es vormachen.

Alle würden sich an verfehlte Finanzpolitik der Stadt erinnern, mit den vor Jahren abgeschlossenen Zinsabsicherungsgeschäften. Dafür müssen die Steuerzahler noch bis ins Jahr 2021 bluten. Aus dem FEP sei nicht ersichtlich, wie die Stadt die heutigen, extrem tiefen Zinsen ausnützen möchte, um die geplanten Investitionen günstig zu finanzieren.

Die FDP-Fraktion habe den FEP und den Bericht der GRPK zur Kenntnis genommen. Sie empfänden es als ein Gebot der Stunde Alternativen zur Finanzierung städtischer Liegenschaften zu evaluieren. Neue Denkansätze seien nun gefordert, um den Steuerfuss in Wädenswil einigermassen im Griff halten zu können.

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, sagt, dass die Ergebnisse der kommenden Jahre tiefrot seien und das Eigenkapital von heute rund CHF 61 Mio. sich gemäss Prognose auf weniger als CHF 30 Mio. halbieren würde. Gleichzeitig sollen in der gleichen Periode gegen CHF 100 Mio. investiert werden. Den vom Stadtrat beabsichtigten Selbstfinanzierungsgrad von 50% könne nicht eingehalten werden. Wie sei unter diesen Vorzeichen ein – wie der Stadtrat sage – „gesunder Finanzhaushalt mit möglichst stabilem Steuerfuss“ möglich? Und warum würde es Sinn machen, gerade bei einer solchen Entwicklung die Gesamtverschuldungsgrenze bei der einfachen Staatssteuer, also bei 100%, festzulegen? Weshalb soll nicht der vorgesehene Steuerfuss von 84% als Limit genommen werden?

Wädenswil werde in den nächsten Jahren von den Reserven leben müssen. Und dann? Sei dann die Hochinvestitionsphase, welche nun schon seit Jahren andauere, plötzlich vorbei? Werde dann ab 2019 alles wieder gut und rosig aussehen?

Vor einem halben Jahr habe die CVP in einem Postulat vorgeschlagen, eine Schuldenbremse zu prüfen. Sie wollten, dass griffige Limiten gesetzt würden, um Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen. Sie seien leider mit diesem Anliegen gescheitert. Für die CVP sei klar, dass ein nächster FEP die finanzpolitischen Eckwerte enger fassen müsse, sonst bliebe er ein zahnloses Instrument. Werden die strengeren Limiten nicht eingehalten, müssen Stadtrat und Gemeinderat besonders in die Pflicht genommen werden, um Gegensteuer zu geben.

Zweckoptimismus sei fehl am Platz. Ausgaben senken, Einnahmen erhöhen oder beides zusammen – das seien die Themen, die Wädenswil in den nächsten Jahren beschäftigen werden, ob es passe oder nicht.

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, lässt verlauten, mit dem FEP 2014 - 2018 würde Wädenswil grosse, notwendige Investitionen in Aussicht gestellt werden.

OSW Rotweg; Neu- und Ersatzbau	27.1 Mio.
Sportbauten Untermosen; Sanierung	9.2 Mio.
Schulanlage Glärnisch; Ersatz Pavillon/Neubau Hort	8.4 Mio.
Schulhaus Ort; Neu- und Ersatzbau	6.0 Mio.
Schulhaus Untermosen; Sanierung Gebäudehülle	2.3 Mio.
Schulanlage Steinacher; Lehrschwimmbecken	1.1 Mio.
Total	54.1 Mio.

Diese sechs Posten würden bereits über die Hälfte der Investitionsvorhaben von knapp CHF 100 Mio. ausmachen. Eine Randbemerkung: Im FEP 2010 - 2014 waren CHF 67. Mio., zwei Jahre später CHF 85 Mio. aufgeführt. Heute würden sie von beinahe CHF 100 Mio. sprechen.

Tatsächlich, man stünde mitten in einer wirtschaftlich anspruchsvollen Zeit. Sie erfordere eine gewisse Weitsicht, aber auch Vernunft. Kosten-Nutzen-Verhältnisse müssten im Einklang sein und mit den Haushaltungsgrundsätzen: Sparsamkeit, angemessene Selbstfinanzierung und Haushaltgleichgewicht.

Was möchte er mitteilen? Die Zahlen stünden in irgendeiner Spalte mit einer zeitlichen Angabe. Sie könnten zusammengezählt, nach unten, oben, links oder rechts verschoben werden. Bevor man tätig werde und eine punktgenaue Umsetzung solcher Projekte fordere, bedürfe es einer Planung. Wenn dann auch die Notwendigkeit, die Zustimmung einer Mehrheit sowie die Rechtmässigkeit feststehe, erst dann könne plangenaum umgesetzt werden.

Mitglied der GRPK, Beatrice Gmür, SP, teilt mit, dass der Finanz- und Entwicklungsplan (FEP) ein wertvolles Instrument sei, da es die Politik dazu zwingen würde, den Blick vom Tagesgeschäft zu lösen, den Horizont weiter zu fassen und Schwerpunkte zu setzen.

Der FEP zeige klar, dass in den nächsten Jahren massige Investitionen in Schul- und Sportbauten nötig seien. Es sei ein grosses Volumen aber es seien keine Wunschprojekte sondern Vorhaben, die nicht bzw. nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden können. Um diese Investitionen zu stemmen, sei ein gesunder Finanzhaushalt grundlegend. So sei es ermutigend, dass sich der Stadtrat Stabilität und nicht mehr wie im FEP 2012 - 2016 einen möglichst tiefen Steuerfuss auf die Fahnen geschrieben habe. Wie die Vorredner bereits darauf hingewiesen hätten, sei langfristig ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% angestrebt. Dass im FEP das reduzierte Ziel von 50% erreicht werde, gebe zu denken.

Die SP-Fraktion bedauere, dass die energetische Sanierung von städtischen Liegenschaften nicht explizit erwähnt worden sei und dass die Mittel für die Renaturalisierung von Bächen halbiert wurden, ebenso wie jene für den Fussgängerschutz. Auch unspektakuläre Investitionen würden die Aufmerksamkeit vom Rat verdienen.

Mitglied der GRPK, Adrian Stucki, setzt sich jeden Januar mit seinen Mitarbeitenden hin und bespricht die Ziele für das neue Jahr. Er müsse das selber auch für sich machen und müsse seinerseits seinem Chef Rechenschaft ablegen. Da werde über Führungsverhalten, Zusammenarbeit oder über proaktives Verhalten gesprochen. Schauen man den FEP an, beginne er mit den politischen Schwerpunkten auf der Seite 10, weiter kommen die Leitgedanken und die Planungsziele. Aus seiner Sicht setzte sich somit der Stadtrat selber Ziele und Vorgaben und sie als Gemeinderat sollten den Stadtrat anhand dieser Punkte beurteilen. Darum empfände es die Grüne Fraktion als sehr wichtig, dass die aufgeführten Posten – denn daran würden sie den Stadtrat messen – wirklich auch umgesetzt werden. Könne ein Projekt aus einem Grund nicht umgesetzt werden, müsse man mit Flexibilität und Fantasie, ein anderes aus der Schublade ziehen, welches bereits besteht und das geplante Investitionsvolumen auch ersetzt. Daher wünsche er dem Stadtrat viel Erfolg für die Umsetzung.

Stadtrat Finanzen Paul Rota, sagt, dass er die kritischen Stimmen gerne entgegen nehmen werde. Es sei gut, wenn der Stadtrat die Stimmung vom Gemeinderat spüren könne, da der Rat letztendlich über all die Projekte – welche nicht vor das Volk kämen – entscheiden würde. Man halte heute die sechste Ausgabe des FEP's in den Händen. Der Stadtrat habe aber festgestellt, dass der FEP, so wie er heute vorliege als Instrument überarbeitet werden sollte, was man auch aus den vorhergehenden Empfehlungen der GRPK gehört habe. In gewissen Bereichen müsse der Stadtrat etwas aussagekräftiger werden. Auch die Überarbeitungen durch verschiedene Personen in der Verwaltung im administrativen Bereich habe zu gewissen Problemen geführt. In Zukunft werde es für die Abteilung Finanzen eine Herausforderung darstellen, den FEP wieder auf Vordermann zu bringen.

Es sei ein Steuerungsinstrument, welches der Stadtrat nicht ganz freiwillig erstelle – wobei natürlich auch für ihn die Sicht in die Zukunft wichtig sei. Es sei ein Führungsinstrument, auf welchem kein Rechtsanspruch auf die aufgeführten Projekte bestünde. In der Regel müssen diese aber den Weg über den FEP einschlagen, um dann ins Budget aufgenommen zu werden.

Es gebe in diesem Zusammenhang sicher auch die Frage, ob man die Finanzierungsstrategie gleichzeitig mit dem FEP vorlegen soll. Der nächste Schritt sei, die Finanzierungsstrategie ebenfalls zu überdenken.

Der Blick in die Zukunft sei aber alles andere als einfach. Er staune immer wieder, wenn hochstudierte Personen, aus der Vergangenheit versuchen in die Zukunft zu blicken. Man müsse sich auch bewusst sein, in welcher Flughöhe man sich befindet. Der FEP beinhalte Projekte, welche sehr grob abgeschätzt worden seien, daher könne sich auch auf der zeitlichen Achse etliches bewegen. Es gebe noch viel zu tun, viele enthaltene Projekte hätten mit der Schule zu tun, welche Entwicklungsbedarf hätte.

Der Stadtrat wolle den Steuerfuss nicht umsonst auf diesem Niveau belassen, man könne auch in zwei Jahren wieder über die Bücher. Beim Selbstfinanzierungsgrad sei es sicher wichtig, dass man diesen langfristig auf 100% festlegen könne. Was heisse den langfristig? Gerade mit dem HRM2 werde man betriebswirtschaftliche Abschreibungen haben, das heisse, die Lebensdauer der Projekte werde nicht 100% sein. Bis anhin habe der Stadtrat

jeweils eine andere Vorgabe vom Kanton in der degressiven Abschreibung gehabt. Es werde einen Wechsel geben.

Mit dem vorliegenden FEP seien keine grossen Sprünge geplant, obwohl das Volumen sehr hoch sei, sprich Schulhaus der OSW. Es sei auch kein grosser Wunschbedarf enthalten, vor allem der Umweltbereich könnte in Zukunft den FEP stärker belasten, als wie vorgesehen. Es sei eine Auslegung, welche der Gemeinderat absegnen sollte. Seitens des Stadtrats nehmen sie die Empfehlungen der GRPK gerne entgegen.

Er danke für die Zustimmung zum FEP.

Antrag der GRPK:

Gemäss Art. 25a GO beantragt die GRPK die finanzpolitischen Eckwerte gemäss Ziff. 7.2 des FEP 2014 - 2018 und den Selbstfinanzierungsgrad von 37.8% zu genehmigen. Als Empfehlung der GRPK: Ein längerfristiger Selbstfinanzierungsgrad von mind. 100% ist anzustreben.

Abstimmung über den Selbstfinanzierungsgrad:

Der Rat stimmt dem Selbstfinanzierungsgrad von 37.8% einstimmig zu.

33.03

4. Postulat von Rahel Sonderegger und Christine Merseburger, EVP, vom 25. November 2013, betreffend "Seeuferlücke endlich schliessen"; Begründung

Christine Merseburger, EVP, erklärt, als sie vor einigen Jahren noch in Samstagern gewohnt habe, habe sie die Idee gehabt an einem heissen Sommertag von Wädenswil nach Richterswil zu spazieren. Dies sei eine ziemlich dumme Idee gewesen. Zum Glück sei dies heute anders.

Es hatte aber Hartnäckigkeit und Durchhaltewillen gebraucht, bis der Seeuferweg gebaut worden sei und leider gebe es noch immer einen Wehrmutstropfen. Zwischen dem Seeplatz und der Halbinsel Giessen klaffe eine Lücke. Damit sich dies ändere, und zwar möglichst schnell, habe die EVP dieses Postulat eingereicht. In diesem Postulat würden sie den Stadtrat auffordern, die Seeuferweglücke zu schliessen, dies mittels Drehbrücke am Ende der Hafenummauer.

Es sei ihnen klar, dass sie nicht die Einzigen seien, die sich daran stören. Ebenso wüssten sie, dass sich auch andere Leute, unter anderem auch der Stadtrat, Gedanken machten, wie die Lücke geschlossen werden könnte. Auch wüssten sie, dass die Idee der Drehbrücke oder Hebebrücke nicht total neu sei. Dennoch – ihr Postulat sollte ein Anstoss sein, damit es wieder einen Schritt vorwärts gehe und schon bald die ersten Einwohnende von Wädenswil Schritte auf dem vollständigen Seeuferweg machen könnten.

Sie hoffen, dass das Postulat entgegengenommen werde, damit man nicht länger von einem lückenlosen Seeuferweg träumen müsse, sondern auf diesem Weg fit für die Zukunft werden könne.

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, sagt, dass der Stadtrat nicht bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen. Es habe nichts damit zu tun, dass das angesprochene Anliegen bereits bekannt sei, denn der Stadtrat wünsche sich ja ebenfalls einen durchgehenden Seeuferweg. Auch finde er die angesprochene Idee kreativ, leider sei dies aber etwas, was der Stadtrat bereits vor ca. zwei Jahren zusammen mit dem Kanton geprüft habe. Eine solche Drehbrücke sei für den Wädenswil Hafen ein absolutes No-go, denn der Hafen diene auch als Nothafen für die Schiffe. Der Seerettungsdienst müsse Schiffe jederzeit in den Hafen ziehen können, oder die Schiffe können dort selber Schutz suchen. Problematisch wäre es, wenn ein Gewitter aufziehen würde und Leute sich auf dem Seeweg befinden die Drehbrücke aber geschlossen wäre, weil zeitgleich der Seerettungsdienst ausdrücken müsse.

Es sei alles leider nicht sehr einfach und für den Stadtrat sei klar, dass dies der Kanton nie bewilligen würde und darum möchten sie das Postulat nicht entgegennehmen.

Schlussabstimmung:

Der Rat lehnt die Überweisung vom Postulat von Rahel Sonderegger und Christine Merseburger, EVP, vom 25. November 2013, betreffend "Seeuferlücke endlich schliessen" mehrheitlich ab.

36.07

5. Interpellation von Kuno Spirig, BDP, vom 29. November 2013, betreffend Sicherheitscheck für Wädenswiler Fussgängerstreifen; Begründung

Kuno Spirig, BDP, teilt mit, dass im November ein 10-jähriges Mädchen auf einem Fussgängerstreifen angefahren und mit Verdacht auf Kopfverletzungen ins Spital gebracht werden musste. Er frage sich nun, wo es in Wädenswil am gefährlichsten sei, nicht in der Bahnhofunterführung, nicht im Rosenmattpark sondern auf dem Fussgängerstreifen.

Es sei eine Tatsache, dass in der Schweiz durchschnittlich pro Jahr 25 bis 30 Personen auf dem Fussgängerstreifen sterben und rund 1'000 verletzt werden, davon 300 schwer. In 85% der Fälle liege die Schuld beim Fahrzeuglenkenden. Breche man diese Zahl auf Wädenswil, würde dies grob bedeuten, dass in Wädenswil zwei bis drei Personen im Jahr auf dem Fussgängerstreifen verletzt würden und eine davon schwer. Von den Verletzten seien über 50% Seniorinnen oder Senioren und über 80% der Unfälle würden in der dunklen Jahreszeit passieren. Daher seine Anfrage, wie Wädenswil seine Fussgängerstreifen sicherer machen könnte und daher habe er diverse Fragen an den Stadtrat:

- Wie hat sich die Zahl der Fussgängerstreifen in den letzten 10 Jahren entwickelt?
- Wie hat sich die Sicherheit auf den Wädenswiler Fussgängerstreifen in den letzten 10 Jahren entwickelt?

- Wer ist in der Stadt Wädenswil für die Sicherheit der Fussgängerstreifen verantwortlich?
- Gibt es eine vernetzende Arbeitsgruppe interessierter Kreise wie z.B. Schulen, Polizei Gemeinde und Kanton, Tiefbauamt Gemeinde und Kanton, Altersheime, Quartiervereine, Kanton etc. die sich der Thematik regelmässig annimmt?
- Welche Massnahmen wurden getroffen, um die Sicherheit zu verbessern?
- Wo bestehen noch Probleme z.B.
 - fehlende oder geringe Beleuchtung,
 - zu hohe Querungsdistanz durch fehlende Fussgängerschutzinseln oder fehlende Trottoirnasen,
 - falsche Platzierung der Fussgängerstreifen,
 - fehlende Zugänglichkeit für Kinderwagen, Rollstuhlfahrzeuge, da fehlende Absenkungen)
- Werden bei der Platzierung, Bau und Beleuchtung die relevanten Normen/Empfehlungen der Beratungsstelle für Unfallverhütung BFU und der Schweizerischen Gesellschaft für Licht SLG eingehalten?
- Welche Massnahmen sind geplant, um die Wädenswiler Fussgängerstreifen noch sicherer zu machen (z.B. bessere Beleuchtung, Fussgängerschutzinseln, Fahrbahnanhebungen, Fahrbahnverengungen, Blinklichter, Reflektoren)?
- Werden auch folgende indirekten Massnahmen geprüft und eingesetzt wie z.B. im Asphalt eingelassene Reflektoren, Blinklichter, Haifischzähne, besonderes Belagsmaterial „roter Teppich“?
- Können Fussgängerstreifen konsequent stärker beleuchtet werden?
- Werden Lösungen mit Solar-Panelen geprüft, wo kein Stromanschluss vorhanden ist und um so Kosten zu sparen?
- Mit welchen Kosten ist zu rechnen?
- Bis wann werden die Massnahmen umgesetzt?

Die Interpellation betreffend Sicherheitscheck für Wädenswiler Fussgängerstreifen geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

Stadtpräsident Philipp Kutter, führt aus, dass man nun am Schluss einer intensiven Debatte sei. Der Rat habe das Budget geprüft, korrigiert und verabschiedet. An dieser Stelle möchte er sich im Namen des gesamten Stadtrats herzlich für das Vertrauen bedanken. Er sei sicher, dass der Rat mit den Aufgaben sorgsam umgehen werde. Man sei auch am Schluss eines intensiven Jahres angelangt, worin sich der Gemeinderat einmal mehr sehr für die Stadt eingesetzt habe. Man habe im Rat Weisungen und Vorstösse diskutiert, sei an Kommissionssitzungen anwesend gewesen, statt zu Hause fein zu essen oder einen Fussballmatch zu schauen. Dies sei nicht selbstverständlich, obwohl die gesamte Schweiz auf dem Milizsystem aufgebaut sei, sei es doch eine grossartige Sache, dass sich alle für dieses „Hobby“ entschieden hätten. Hier im Saal sei man sich bei Sachfragen natürlich nicht immer einig gewesen – was aber auch zu erwarten sei, aber alle hier würden sich für Wädenswil einsetzen wollen und für Wädenswil etwas Gutes tun.

Herzlichen Dank für die engagierte Arbeit als Volksvertreter und er wünsche allen frohe Festtage, gutes Erholen und Zeit für Familie und Hobbies. Er freue sich auf das Wiedersehen im neuen Jahr.

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer, möchte dem Rat ebenfalls eine besinnliche Weihnachtszeit wünschen und ein guter Start ins 2014.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer keine Einwände erhoben.

Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv.